



Veröffentlichungswort: 5mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Seite Mk. 1.50
Wochensatz Mk. 4.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.— Fernspr. 9.

Donnerstag, den 20. April 1922.

Wegzugspreis: In der Stadt mit Lehrgeld Mk. 33.— vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 33.— mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr mittags.

Neueste Nachrichten.

Die Lage in Genua hat sich noch nicht weiter verändert, sie hat also auch noch keine weitere Verschärfung erfahren. Die deutsche und die russische Abordnung behaupten ihre Berechtigung zu dem Abkommen, das keinerlei politischen Charakter trage. In Kreisen der deutschen Delegierten wird gegenüber dem Ansinnen Lloyd Georges, den Vertrag zurückzunehmen, mit Recht geltend gemacht, daß dann Deutschland moralisch erledigt und damit verhandlungsunfähig sei. Auch gegen den Ausschluß Deutschlands bei den Verhandlungen der Konferenzteilnehmer — also in der Hauptsache der Alliierten — mit Rußland protestiert die deutsche Delegation. Die Antwortnote soll heute überreicht werden, nachdem direkte Verhandlungen vielleicht zu einer gewissen Klärung der Sachlage geführt haben. Von deutscher Seite wird auch geltend gemacht, daß durch die einseitigen Verhandlungen der Entente mit Rußland und durch das Londoner Abkommen, das eine ausgesprochene Nichtachtung, ja wohl bewußte Benachteiligung der deutschen Interessen in Rußland enthält, Deutschland zu selbständigen Schritten direkt gezwungen war.

Frankreich macht natürlich die größten Anstrengungen, den Vertrag als politisches, und damit nach den Versailler Bedingungen unstatthafte Abkommen zu verdrängen. Deshalb will man sowohl die Reparationskommission wie die Vorkriegskonferenz auf den Plan rufen, um das Abkommen rückgängig zu machen. Barthou hat erklärt, die Mitarbeit in der Kommission für die Prüfung der russischen Fragen zurückzuziehen, wenn der Vertrag in dieser Form nicht annulliert werde.

Um den deutsch-russischen Vertrag.

* Das wirtschaftliche Abkommen Deutschlands mit Sowjetrußland hat die gesamte Entente auf den Plan gerufen, denn durch den Vertrag haben Deutschland und Rußland gezeigt, daß sie nicht geneigt sind, sich dauernd von den Alliierten als Ausbeutungs- und Schacherobjekt behandeln zu lassen. Das aber war natürlich das schwerste Vergehen der beiden durch den Krieg am schwersten getroffenen Staaten, daß sie sich durch Vereinbarungen zu selbständigen wirtschaftlichen Abmachungen entschlossen hatten. Für Rußland lag in diesem Vorgehen ein Vorteil darin, daß es bei seinen Verhandlungen mit den Alliierten auf bestimmte Vorgänge hinweisen kann, namentlich in bezug auf die Regelung der Frage der Vorkriegsschulden, der gegenseitigen Schadenersatzforderungen aus der Zeit des Krieges und schließlich auch hinsichtlich der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen. Auch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, die gleichbedeutend mit einer Anerkennung der russischen Regierung ist, ist im Hinblick darauf, daß die Alliierten eine solche Anerkennung sich mit wirtschaftlichen und politischen Zugeständnissen abkaufen lassen wollten, von gewissem Werte für Rußland. Abgesehen von der wirtschaftlichen Seite des Vertrags hat er für Deutschland vorerst nur eine mehr ideale Bedeutung, und zwar in der Richtung, daß die deutsche Regierung nun auch offen kundgegeben hat, daß sie der Erpressungs- und Erdrosselungspolitik der Entente gegenüber sich nicht mehr nur passiv zu verhalten gedenkt. Und deshalb hat sie auch in Genua angesichts der Tatsache, daß die Große und Kl. Entente mit fertigen Vorschlägen aufgetreten waren, und sich auch angedeutet, Deutschland bei Beratung über das russische Problem eine völlig untergeordnete Rolle zuzuwenden, die Initiative in dieser Richtung ergriffen und mit den Russen direkt die schon in Berlin begonnenen Verhandlungen fortgesetzt. Anlässlich der Besprechungen der Sowjetdelegierten mit den deutschen Staatsmännern in Berlin hatten wir der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es eigentlich selbstverständlich sei, daß die Vertreter der beiden Staaten, die von der Entente als Schacher- und Ausbeutungsobjekt behandelt wurden, sich über ihre Stellungnahme in Genua der geschlossenen Politik der Entente gegenüber unterhalten würden. Und wie nun die „Bos. Z.“, die gute Beziehungen sowohl zum Reichskanzler wie zu Rathenau unterhält, mitteilt, wurden die dort geführten Wirtschaftsverhandlungen auch nur deshalb nicht schon zum Abschluß gebracht, weil man den Alliierten nicht vortreiben wollte. Da aber nun die Entente unter Umgehung Deutschlands ein fertiges Programm über die russische Frage vorgelegt hat, mußte die deutsche Regierung selbst auf die Gefahr einer Anerkennung und Verdrängung ihrer Absichten zeigen, daß man nicht gewillt war, sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete auf die Seite stellen zu lassen.

Wohl der wichtigste Teil des Vertrags, der dementsprechend auch von den Alliierten als am schwerwiegendsten betrachtet werden dürfte, ist der, daß beide Teile auf etwaige sich aus dem Kriege herleitende private oder

staatliche Rechtsansprüche verzichten. Dadurch wurde der im Versailler Vertrag festgelegte hinterlistige Plan durchkreuzt, Rußland große Entschädigungsansprüche an Deutschland zuzugestehen, um es einerseits ebenfalls gegen uns einzunehmen, andererseits auf diese Weise vielleicht die russischen Vorkriegsschulden an Frankreich herauszuschlagen. Deshalb ist man namentlich in Paris so erbozt, weil dieser Plan durch den Vertrag hinfällig geworden ist. Da von Rußland im gegenwärtigen Augenblick nichts zu erwarten ist, so muß Paris wohl oder übel sich mit Wechselschlag auf die sehr unsichere Zukunft verlassen, wenn die Russen überhaupt diese Ansprüche Frankreichs anerkennen. Wie bekannt stellen ja die Russen als Gegenforderung Ansprüche hinsichtlich der durch die Alliierten unterstützten Gegenrevolutionskämpfe auf, und so wird es zweifellos ein sehr zähes Ringen geben, denn die russische Position ist zur Zeit sehr stark, weil die Entente weder militärische noch wirtschaftliche Druckmittel in dem Grade gegenüber den Bolschewisten besitzt wie gegenüber dem in seiner Volkswirtschaft wie Ernährung in der Hauptsache vom Auslande abhängigen Deutschland.

Wie sich die Genueser Konferenz, die durch den Schritt der Entente in ein hochpolitisches Fahrwasser geleitet worden ist, weiter entwickeln wird, ist im gegenwärtigen Augenblick nicht zu übersehen. Wahrscheinlich werden von beiden Seiten Konzessionen gemacht werden müssen, um eine Weiterführung zu ermöglichen. Die Neutralen scheinen vorerst keinen Grund zu einem Abbruch der Konferenz zu sehen, und auch in London und Rom scheint man sich nicht so leidenschaftlich engagiert zu haben, wie in Paris. Aber bekanntlich haben sich die Franzosen mit ihrer Gewalt- und Drohpolitik bisher immer durchgesetzt. Auf die wohl in Bälde zu erwartende deutsche Antwort darf man gespannt sein, weil von ihr in hohem Grade die fernere Haltung der Entente abhängig sein dürfte. D. S.

Deutsche Abwehr der falschen Beschuldigungen.

Berlin, 19. April. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Einwendungen der einladenden Mächte in Genua gegen den deutsch-russischen Vertrag bestehen im wesentlichen aus folgenden Punkten: 1. Es läge eine Sonderaktion Deutschlands vor. Sonderverhandlungen sind aber zunächst unter Nichtbeteiligung Deutschlands von anderer Seite eingeleitet worden. Um Schädigungen zu vermeiden, mußten wir mit Rußland ein Abkommen treffen. 2. Der Reichskanzler habe das Londoner Memorandum in der ersten Sitzung der ersten Kommission ohne Widerspruch als Verhandlungsbasis angenommen. Das Memorandum wurde in dieser Sitzung nur verteidigt. Die Russen erklärten, daß sie es nicht kennen. Es wurde auch erklärt, daß das Memorandum die Regierung nicht binde. Tzgend eine Erklärung von Deutschland ist nicht abgegeben worden. 3. In der Cannes-Resolution sei als Voraussetzung für die Konferenz von Genua festgestellt worden, daß Rußland die Sozialisierungsschäden anerkenne, und diese Resolution von Cannes sei vom Reichskanzler angenommen. Einerseits aber hat in dem zwischen Deutschland und Rußland geschlossenen Vertrag Rußland in der Form der Aufrechnung die Sozialisierungsschäden ausdrücklich anerkannt und andererseits auf die Schäden, die Deutschland nicht bezahlt hatte, verzichtet. Außerdem ist in dem Vertrag ausdrücklich vorgesehen, daß, wenn Rußland mit einem anderen Staat ein Abkommen schließt, in dem es sich zur Ersatzleistung für die Sozialisierungsschäden verpflichtet, diese Ersatzleistungen analog auch an Deutschland zu bezahlen seien. Prinzipiell ist also die entschädigungslose Sozialisierung nicht festgestellt worden. 4. Der Vertrag enthalte eine Verletzung des Artikels 260 des Versailler Vertrags. Wir hätten durch den Verzicht auf die Sozialisierungsschäden die Rechte entwertet, die wir nach Artikel 260 auf die Reparationskommission übertragen müßten. Aber die deutschen Rechte, die nach unserer Auffassung unter den Artikel 260 fallen, sind längst auf die Reparationskommission übertragen und der von Deutschland ausgesprochene Verzicht ist ohne Einfluß auf diese Rechte, da sie im Augenblick des Verzichts keine deutschen Rechte mehr darstellen. Wenn die Alliierten Rußland gegenüber auf die Geltendmachung dieser Ansprüche verzichten, dann können sie sich nicht beschweren; sehen sie aber ihre Ansprüche durch, dann fällt die Wirkung des deutschen Verzichts weg. Der Vertrag von Rapallo verletzt also den Vertrag von Versailles nicht.

Die Gründe Deutschlands für den Vertragsabschluß.

Berlin, 19. April. Zur Begründung des deutschen Abkommens mit Rußland gab, wie die Blätter aus Genua melden, der Leiter der Stabsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor v. Maltzan, die Erklärung ab: Als man der deutschen Delegation das Londoner Memorandum vorlegte, haben wir sofort erklärt, daß uns drei Punkte darin unannehmbar erschienen. Der erste Punkt war der Artikel 6, der besagt, daß Deutschland Rußland oder einen Dritten, der an die Stelle Rußlands tritt, für die Kriegsschädigungen, die

Rußland auf Grund des Versailler Vertrages hätte fordern können, zur Verfügung stehen müsse. Der zweite, unannehmbare Punkt war der Artikel der zweiten Beilage, nach dem alle industriellen Unternehmungen, die am 1. März 1917 in Rußland unter ausländischer Leitung standen, als ausländische Unternehmungen hätten betrachtet werden sollen. Da zu diesem Zeitpunkt infolge des Krieges kein Unternehmen in Rußland eine deutsche Verwaltung aufweisen konnte, so läme dies einem Ausschluß der Deutschen aus dem Kreise der ausländischen Industrien in Rußland gleich, die eine besondere Behandlung durch die Sowjetregierung erfahren sollten. Der dritte Punkt war der Artikel 15 der zweiten Beilage, der festsetzt, daß alle vor dem 1. September 1917 in Rußland vollzogenen Enteignungen in Kraft bleiben sollen. Diese Enteignungen betreffen fast ausschließlich deutsche Unternehmungen. Deutschland war also auf Grund dieses Memorandums von allen Vorteilen ausgeschlossen, die ein eventuelles Abkommen mit der Sowjetregierung gebracht hätte. Diese Eindrücke der deutschen Delegation sind den anderen Delegationen ausführlich zur Kenntnis gebracht worden und es ist dem Mitgliede einer fremden Delegation erklärt worden, daß Deutschland sich verpflichtet fühlte, die Drohungen des Memorandums durch direkte Abmachungen mit den Russen zu parieren. Am Freitagabend kam der Presseschef der italienischen Delegation, Giannini, zu der deutschen Delegation und berichtete über die Besprechungen zwischen Rußland und der Entente, die hinter verschlossenen Türen stattgefunden hatten. Giannini fügte hinzu, daß er die Aufgabe habe, die Ansichten der deutschen Delegation über das Memorandum zu erfahren. Es wurde ihm hierauf von den Deutschen erklärt: 1. „Solange die drei erwähnten Punkte aufrecht erhalten bleiben, können wir zu diesem Memorandum keine Stellung nehmen.“ 2. „Wenn die Verhandlungen mit den Russen ohne uns fortgesetzt werden sollten, würden wir in unserem Interesse gezwungen sein, uns anderweitig zu sichern.“ Am Samstag erklärten Rakowski und Joffe dem deutschen Delegierten Maltzan, daß die Russen auf Grund gegenseitiger Konzessionen zu einem Uebereinkommen mit den Ententemächten zu kommen hofften. Auch ein britischer Delegierter äußerte sich in einer Unterredung mit Maltzan sehr optimistisch über die Verhandlungen. Maltzan wiederholte demgegenüber, daß Deutschland durch direkte Verhandlungen mit den Russen die Situation parieren müsse. Am Samstagabend brachten verschiedene Berichterstatter der deutschen Delegation die Nachricht, daß das Uebereinkommen zwischen Rußland und den Ententemächten bereits virtuell erzielt worden sei. Nunmehr beschloß die deutsche Delegation, die russische Delegation um eine Zusammenkunft für den nächsten Tag zu ersuchen. Die Zusammenkunft fand am Osterfesttag in Rapallo statt. Nach sehr kurzer Dauer wurde der bereits in Berlin vorbereitete Vertrag unterzeichnet.

Ruhige und feste Stimmung innerhalb der deutschen Abordnung.

Genua, 19. April. (Spezialbericht des WTB.) Die hier weilenden Kabinettsmitglieder sind nach Ueberreichung der Note der neun Mächte zu einer Sitzung zusammengetreten. Am Nachmittag wurden die Sachverständigen zusammenkommen und es wird eine Kabinetts-sitzung der gesamten Delegation abgehalten werden. Die deutsche Antwort wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages überreicht werden. Die Stimmung ist durchaus ruhig und fest. Man hält den deutschen Standpunkt, wonach der Vertrag mit Rußland weder gegen den Friedensvertrag von Versailles noch gegen das Londoner Memorandum verstöße, für so völlig einwandfrei, daß er sich bei ruhiger Ueberlegung auch in den Kreisen der übrigen Mächte durchsetzen muß, wenn die Aufregung des ersten Augenblicks erst nachgelassen hat. Man neigt daher zu der Ansicht, daß mit der gestrigen Note das letzte Wort noch nicht gesprochen sei und daß die Unterzeichner selbst im Interesse des ungeführten und fruchtbareren Fortganges der Konferenz einen Ausgleich finden werden. — Zu erwähnen wäre noch, daß die deutschen Delegierten Dr. Rathenau, Dr. Hermes, Schmidt und Reichsbankpräsident Havenstein gestern Abend einer Einladung der italienischen Delegation zu einem Essen gefolgt sind, an dem Führer der Delegierten aller Nationen teilgenommen haben.

Genua, 19. April. (Spezialbericht des WTB.) Zu der gestern in Genua übergebenen Note wird in unterrichteten Kreisen erklärt, sie sei zwar in der Tonagebung gemäßigt, enthalte aber aufs neue die von einzelnen Delegationen erhobenen Vorwürfe der Unloyalität. Die Mächte, die die Note unterzeichnet haben, versuchen festzustellen, daß Deutschland in den weiteren Sitzungen der Kommission, in der russische Fragen behandelt werden, desinteressiert sei. Diese Kommission wurde gebildet durch den Beschluß aller auf der Konferenz vertretenen Mächte, auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, das in den ersten Tagen der Konferenz statuiert wurde. Deutschland kann nicht anerkennen, daß einige Mächte sich das Recht nehmen, dieses Prinzip zu Ungunsten Deutschlands abzuändern. Nicht nur Deutschland, sondern auch Rußland würden hierdurch vor

em Vierteljahr
gekauft und in
wie an De-
verschoben hat-
erhielten je
Mitangeklagten
teils wurden
Sahre alte in
Zimmermann
des Gärtners
ode und ent-
apierischen.
hohen Alters
de Umstände
e von 1 Jahr
in Verlust der
3 Jahren.
haft.
der Schweizer
Börse nach den
ar wenig Um-
weil ab wirt.
April: 1650
unverändert),
umhehl Nr. 0
—1975 (2025
ert), Heu 440
unverändert).
u. Calw.
t Calw.
8 Uhr
id
N
8.70,
er) in
ng
ute
und Schaff-
A Rub
34 Wochen
der eine schöne
Rabin,
wöhnt, verkauft
rner, Teuchelweg
gen,
en
ckerei

eine völlig neue Situation gestellt. Es würde Rußland zugunsten, seine Angelegenheiten vor einer Kommission erörtert zu sehen, der Deutschland nicht angehört. Die deutsche Delegation wird heute die Lage prüfen und ihren Entschluß den Unterzeichnern der Note mitteilen.

Direkte Fühlungnahme zwischen der Entente und den deutschen Vertretern.

Berlin, 19. April. Aus Genua wird bekannt, daß der Reichskanzler und der Reichsminister Rathenau heute morgen mit den führenden Männern der Entente in direkte Fühlung getreten sind, und zwar auf direkten Wunsch der Entente.

Vor der Ueberreichung der deutschen Antwort.

Berlin, 20. April. Wie die Blätter aus Genua melden, wird die Antwort der deutschen Delegation auf die Note der Alliierten und der Kleinen Entente voraussichtlich erst heute überreicht werden. Diese Verzögerung wurde bedingt durch eine Kette von Konferenzen, die der Reichskanzler und der Minister des Äußern mit den alliierten Staatsmännern und den Führern der russischen Delegation hatten, die den ganzen gestrigen Tag ausgefüllt haben. — Lloyd George soll der deutschen Delegation andeutungsweise die Annullierung des Vertrags nahegelegt haben, oder aber ihre Ausscheidung aus der politischen Unterkommission. — Wie die Blätter bemerken, kann Deutschland, ohne sich moralisch herabzusetzen und sich vertragsunfähig zu machen, seine Unterschrift nicht zurückziehen.

Der italienische Außenminister für Mäßigung der Ententente.

Berlin, 19. April. Die Genueser und Mailänder Presse bespricht heute den deutsch-russischen Vertrag in bedeutend ruhigerem Ton. Man sucht die gestrigen heftigen Äußerungen über das Vorgehen Deutschlands abzuschwächen und hebt das Bestreben Italiens hervor, auf die Ententelegationen mäßigend einzuwirken. Auf keinen Fall dürfe die Konferenz eine Störung oder gar eine Unterbrechung erfahren. — „Corriere della Sera“ bringt Einzelheiten über die Sitzung, in der unter dem Vorsitz Schanzers die Note an Deutschland redigiert wurde. Darnach habe Schanzer zum Ausdruck gebracht, daß es ihm nicht opportun schein, heftige oder beleidigende Worte in die Note aufzunehmen. Er verstehe den Willen der englischen und französischen Delegierten, halte es aber für nötig, der Note eine Form zu geben, die eine Verständigung zulasse. Im weiteren Verlauf der Diskussion, in der die Vertreter Belgiens, Japans, Jugoslawiens, Rumaniens und der Tschecho-Slowakei den englisch-französischen und der Vertreter Polens mit einigen Einschränkungen den italienischen Standpunkt vertraten, gelang es Schanzer, seine Anschauung durchzusetzen und die Note in eine gemäßigtere Form zu bringen.

Italienische Urteile über den deutsch-russischen Vertrag.

Genua, 19. April. (Spezialbericht des WTB.) Der Widerhall, den der Abschluß des deutsch-russischen Vertrags in der italienischen Presse findet, ist außerordentlich stark und vorwiegend unfreundlich. Die bürgerlichen Blätter sind ziemlich einmütig in dem Urteil, daß das Abweichen Deutschlands von seiner bisherigen Politik der Zurückhaltung wenig glücklich, inopportun oder gar unkorrekt sei. Vereinzelt wird auch das Wort „illoyal“ gebraucht. Man befürchtet offenbar, daß Frankreich diesen Anlaß zum Vorwand nehmen könnte, die Konferenz von Genua zu sprengen und hätte lieber gesehen, wenn Frankreich in seiner Isolierung geblieben wäre, als daß jetzt Deutschland isoliert wird. Diese Kritik beschränkt sich auf die formelle und taktische Seite des deutschen Vorgehens. Mit dem Inhalt des Vertrages selbst beschäftigt man sich kaum und weiß auch offenbar nicht viel daran auszusagen. Um so lebhafter beschäftigt sich die sozialistische Presse mit dem Inhalt des Vertrags und findet ihn außerordentlich glücklich und verheißungsvoll. Der „Avanti“ nimmt in einer Betrachtung Bezug auf die Machinationen Frankreichs, das einen Grund zum Bruch suche und die Verantwortung dafür den Russen oder den Deutschen zuschieben wolle. Die Behauptung der Franzosen, der Vertrag sei eine Verletzung des Versailler Vertrags, sei unrichtig. Es schein auch, daß in der gestrigen Sitzung des Obersten Rats weder die englische noch die italienische Delegation, wenn sie auch die Lage als ernst betrachtete, ihren französischen Freunden auf dieses Gebiet folgen wollte. Von einer Verletzung des Versailler Vertrages könne keine Rede sein. Ebenso liege keine Verletzung seines Geistes vor. Wenn etwas vergewaltigt worden sei, so sei es der Geist von Genua durch Frankreich. Ungeachtet aller schönen Worte habe man die ungelunde Atmosphäre von Paris wieder hergestellt, wo die Geschäfte Europas aus den allgemeinen Beratungszimmern in die Salons einiger Minister verlegt wurden. Und jetzt behauptete man, Deutschland und Rußland hätten den Geist der Konferenz verletzt. Es bestehe kein Anlaß, sich aufzuregen, da der Vertrag nur ein natürlicher Akt sei, dessen Vollziehung man als natürlich bezeichnen müsse, und der auch vorauszuweisen gewesen sei. In Ruhe werde ein klares Verständnis der Dinge wiederkehren und vor allem durch die Erkenntnis, in welche Lage Europa durch einen Bruch geraten würde.

Die Vorgeschichte des Vertrags.

Paris, 19. April. Nach einer Havas-Meldung aus Genua hat Litwinoff eine Erklärung abgegeben, in der er darauf hinweist, daß Rußland schon Abkommen mit Polen, Finnland, Estland, Lettland, der Türkei, Serbien, Schweden, England und Italien abgeschlossen habe. Deutschland habe Sowjetrußland durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk anerkannt und wenn die Vertreter Rußlands von Berlin am Ende des Jahres 1918 ausgewiesen wurden, so seien sie sofort nach der Revolution wieder zurückgekehrt. Was die Verhandlungen in Berlin behindert und verlangsamt habe, sei der Mord gewesen, der an dem Grafen Mirbach begangen wurde. Deutschland habe in einer für Rußland unannehmbaren Form eine Entschuldigung verlangt. Schließlich hätten die Deutschen es vorgezogen, nicht mehr davon zu reden, und die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen. Der Text des inkriminierten Abkommens

Amliche Bekanntmachungen.

An die Herren Ortsvorsteher.

Die in diesem Jahr wieder fällige Nachreichung der eichpflichtigen, zuletzt im Jahre 1920 oder früher neu- oder nachgekauften Meßgeräte (Maße, Gewichte und Wagen) wird in den nachstehend aufgeführten Gemeinden voraussichtlich in der Zeit von Mitte April an von einem Beamten des Eichamts Calw vorgenommen werden. Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß auch die Meßgeräte der Landwirte, welche Erzeugnisse verlaufen und zu diesem Zweck Meßgeräte verwenden oder bereithalten, der Eichpflicht unterliegen.

Den genauen Zeitpunkt des Beginns wird der Beamte den Schultheißenämtern unmittelbar mitteilen.

Die Nachreichung der Fässer und Herbstgeschirre findet unabhängig davon an den ständigen Facheinstellen des Bezirks statt.

Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, den erforderlichen Raum mit dem nötigen Gerät (mindestens 2 Tische und 1 Holzschlagbock) und etwa notwendiger Beleuchtung und Heizung, sowie den feinerzeit angeschafften Normalgewichtssatz für den Beamten rechtzeitig bereitzustellen, um eine Verzögerung des Nachreichungsgeschäfts zu vermeiden. Ferner werden die Herren Ortsvorsteher ersucht, den Eichbeamten bei der Durchführung der Nachreichung tatkräftig zu unterstützen und ihm den Amtsdienst oder eine andere geeignete Hilfskraft zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind die Besitzer nachreichungspflichtiger Gegenstände durch ortsübliche Bekanntmachung aufzufordern, ihre Meßgeräte in gut gereinigtem Zustande rechtzeitig zur Nachreichung vorzulegen.

Die Nachreichung wird in folgenden Gemeinden stattfinden: Altbulach, Neubulach, Liebelsberg, Oberhaugstett, Martinsmoos, Zwerenberg, Hornberg, Nischalben, Neuweiler, Breitenberg, Oberkollwangen, Schmich, Emberg, Rötendach, Zavelstein, Sommerhardt, Teinach.

Calw, den 18. April 1922.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Oberamt Calw.

Betr. Besoldungsjahrgang der Amtskörperchaftsbeamten.

Die Besoldungsjahrgang der Amtskörperchaftsbeamten ist von der Regierung des Schwarzwaldkreises mit Erlaß vom 12. April 1922 Nr. 2715 genehmigt worden. Sie ist zur öffentlichen Einsichtnahme vom 22. April 1922 ab während einer Woche auf der Oberamtskanzlei aufgelegt.

Calw, den 19. April 1922.

Oberamt: Gös.

sei in Berlin redigiert worden, wo Dr. Rathenau erklärt habe, er könne ihn nicht ohne Genehmigung des deutschen Ministerrats paraphieren. Dieser Ministerrat hätte vor der Abreise der Russen nicht mehr stattfinden können. Man habe also notwendigerweise warten müssen, bis man in Genua zusammengetroffen sei, um die Unterschriften auszutauschen. Litwinoff erklärte ferner, daß der russisch-deutsche Vertrag vollständig veröffentlicht worden sei und daß keine militärische Konvention ihn begleite.

Die französische Hege gegen den Vertrag.

Paris, 19. April. (Havas.) Poincaré wird den französischen Vertreter in der Reparationskommission, Dubois, auffordern, bei der Reparationskommission amlich darauf zu dringen, daß sie sich mit der Frage der juristischen Folgerungen, die durch den deutsch-russischen Vertrag aufgeworfen worden sind, befasse. Gleichzeitig sollen die alliierten Regierungen ersucht werden, ihren Abgeordneten zur Prüfung der Gültigkeit dieses Vertrags allgemeine Weisungen zu erteilen. Auch soll beachtet sein, die alliierten Regierungen zu einer Verständigung über einen Gesamtprotest in Berlin aufzufordern.

Paris, 19. April. Der Abgeordnete André Lardieu hat an den Ministerpräsidenten Poincaré einen Brief gerichtet, in dem er ihn daran erinnert, daß er am 1. April in der Kammer entschieden erklärt habe, falls in Genua der Versuch gemacht würde, die Verträge von 1919 zu diskutieren, werde Frankreich sofort volle Handelsfreiheit beanspruchen. Durch das deutsch-russische Abkommen sei nicht nur der Friedensvertrag verletzt, sondern auch eine gemeinsame deutsch-russische Politik der Herausforderung gegen den Geist und den Buchstaben des Versailler Vertrags bekundet worden. Die fernere Teilnahme Frankreichs an den Konferenzarbeiten sei deshalb für diejenigen, die dem Ministerpräsidenten vor 3 Wochen ihr Vertrauen ausgesprochen hätten, eine peinliche Ueberraschung. Die Verhandlungen von Genua zwischen den Deutschen und den Russen könnten in Zukunft für Frankreich von ernstlicheren Folgen sein als die Politik der Vorgänger Poincarés, die nach dem Eingeständnis des deutschen Reichstagspräsidenten eine Herabsetzung der Lasten Deutschlands auf dem Friedensvertrag um mehr als 40 Prozent zum Ergebnis gehabt habe. Sobald das Parlament wieder zusammengete, werde er sofort den Ministerpräsidenten über seine allgemeine Politik interpellieren.

Poincaré setzt die Reparationskommission und die Botshafterkonferenz in Bewegung.

Paris, 20. April. Die Agence Havas meldet: Im Lauf des gestrigen Tages erteilte Poincaré dem ersten Delegierten Frankreichs bei der Reparationskommission, Louis Dubois, Weisungen, um die Kommission offiziell von dem Bestehen des deutsch-russischen Vertrags in Kenntnis zu setzen und daraus die Folgerungen zu ziehen, die die Lage erfordert. Ferner hat der Ministerpräsident alle alliierten Regierungen ersucht, sich der französischen Regierung anzuschließen, um das deutsch-russische Abkommen der Botshafterkonferenz vorzulegen. Dieses doppelte Vorgehen ist, so heißt es in der Havasmeldung weiter, erklärlich, denn die Reparationskommission ist beauftragt, über die Ausführung der Verpflichtungen Deutschlands in Bezug auf die Reparationen zu wachen. Die Bestimmungen des Vertrags von Rapallo bringen die Gefahr mit sich, die Reparationskommission eines Teils ihrer Hilfsmittel zu berauben, über die sie auf Grund des Vertrags von Versailles verfügen könnte. Die Kommission wird sich daher mit dieser neuen Tatsache beschäftigen. Außerdem kann das deutsch-russische Abkommen anderen Bestimmungen des Vertrags von Versailles Abbruch tun, die einen mehr politischen

Charakter haben. Und es ist Sache der Botshafterkonferenz auf Grund der Artikel 17 und 18 der Anlage II offiziell die Verpflichtungen allgemeiner Art gegenüber dem Vertrag von Versailles festzustellen. Poincaré sandte ferner Weisungen an Barthou über die Haltung der französischen Abordnung bei der Genueser Konferenz. Da der Einspruch der Alliierten nur an die deutsche Abordnung gerichtet wurde, da sie die größere Verantwortung bei dem Zwischenfall trägt, stehen die Verhandlungen mit den Sowjets vor der Wiederaufnahme. Die französische Regierung widersteht sich dem nicht. Sie ist aber der Ansicht, daß die Beratungen mit den Delegierten Moskaus nur fortgesetzt werden können, wenn diese sich bereit zeigen, den Bedingungen von Cannes zuzustimmen. Wenn daher die Bevollmächtigten Moskaus zu einem Abkommen mit den Alliierten kommen wollen, so müssen sie im Voraus darauf verzichten, in dieses Abkommen Bestimmungen aufzunehmen, wie sie in dem Vertrag mit Deutschland enthalten sind.

Amerika nicht interessiert.

Newyork, 19. April. Wie die „Associated Press“ aus Washington meldet, erklären maßgebende Regierungskreise, daß nach ihrer Ansicht der deutsch-russische Vertrag für die Ver. Staaten ohne Bedeutung sei. Auf Grund der bisher vorliegenden Nachrichten seien die Ver. Staaten der Meinung, daß kein Punkt des Vertrags im Widerspruch mit dem deutsch-amerikanischen Friedensvertrag stehe oder die amerikanischen Interessen beeinträchtige.

Die Währungsfragen.

Genua, 18. April. In der heutigen Sitzung der Unterkommission für Währungsfragen, die unter dem Vorsitz von Sir Robert Horne stattfand, wurde über die Ergebnisse der Beratungen des Sachverständigen-Ausschusses Bericht erstattet. Es heißt in dem Bericht, die Frage der Geldwertung müsse in jedem Lande für sich gelöst werden. Die Rückkehr zur Goldparität sei wünschenswert, müsse aber in den Händen mit starker gesunkener Währung eine Desorganisation schaffen und eine Vermehrung der inneren Schuldenlast mit sich bringen. Die Sachverständigen seien der Ansicht, daß jedes Land, das eine relative Stabilität der Währung auf einem solchen Niveau erreichte, daß seine Rückkehr zu dem früheren Stand einen langen und peinlichen Prozeß erfordere würde, seine innere Wirtschaft beträchtlich verbessern und dem Wiederaufbau Europas einen wichtigen Dienst leisten würde, wenn es die erste Gelegenheit zur Sicherung einer neuen Parität ergreife in der Höhe des erreichten relativen Standes. Weiter heißt es in dem Bericht, man könne nicht hoffen, den Wechselkurs und die wirtschaftliche Prosperität Europas wieder herzustellen, ehe nicht namentlich das Programm der internationalen Schulden entschlossen geprüft worden sei. Ein Staat könne sich nur von seinen ausländischen Schulden befreien, wenn die Gläubigerstaaten den Ueberfluß seiner Produktion aufzunehmen in der Lage seien. Ueberflüsse die auswärtige Schuldenlast seine Zahlungsfähigkeit, ohne daß dieses Land ausländische Anleihen erhalte, so müßten seine Bemühungen notwendigerweise die Wirkung haben, einerseits die Märkte des anderen Landes zu desorganisieren, andererseits den Wechselkurs des Schuldnerlandes andauernd herabzudrücken. Der Bericht ist von einer Anzahl von Entschlüssen begleitet. Die 7. besagt, von allen Reformen sei die wichtigste, jedes Jahr den Haushalt ohne Eröffnung neuer ausgedehnter Kredite zu balancieren. Wenn die Besteuerung aber über das hinausgehe, was aus dem Einkommen des betreffenden Landes bezahlt werde, so könne die Besteuerung selbst Ursache zur Inflation werden. Das wahre Heilmittel sei die Einschränkung der Regierungsausgaben. Zu dieser Entschlußung wurde von deutscher Seite die Einführung einer Zuschlagbestimmung beantragt, die besagt, daß es zur Wiederherstellung der Währung erforderlich sei, der durch die starke Ueberpannung der Steuern veranlaßten Kapitalflucht entgegenzuwirken. Es sei ein internationales Zusammenarbeiten notwendig, um die Kapitalflucht zu verhindern und das bereits geflüchtete Kapital zu erfassen. Dieser deutsche Vorschlag wurde dem Sachverständigen-Ausschuß zur Prüfung überwiesen.

Zusammenberufung der Bankfachleute.

Berlin, 20. April. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Genua wurde von der finanziellen Spezialkommission der Fachleute, zu der Reichsbankpräsident Haentken gehört, eine bereits fertig redigierte Resolution angenommen, in der es heißt: Es sollen sogleich alle Banken, die Banknoten ausgeben, zu einer Konferenz außerhalb Genuas und ohne Zusammenhang mit der Genueser Konferenz zusammenberufen werden, die die Währungen, die Stabilisierung der Wechselkurse, die Kredite, die Anleihefragen, die Unabhängigkeit der Notenbanken von ihren Regierungen und auch die Frage der Schuldentzählungen regelt.

Ein Gegenbesuch des Kardinalerzbischofs von Genua beim deutschen Reichskanzler.

Genua, 19. April. (Spezialbericht des WTB.) Der Kardinalerzbischof von Genua hat gestern mittag dem deutschen Reichskanzler im Grandhotel einen Gegenbesuch abgestattet. Der Kirchenfürst hat auch diese Gelegenheit wieder benutzt, dem Kanzler seine herzlichsten Wünsche für die Zukunft Deutschlands sowohl im allgemeinen, wie für den Fortgang seiner Sache auf der Konferenz von Genua zum Ausdruck zu bringen.

Zur auswärtigen Lage.

Eine Ententente über die künftige Durchführung der militärischen Kontrolle Deutschlands.

Berlin, 18. April. Im Laufe des zweiten Osterfeiertags ist im Auswärtigen Amt eine Note der Botshafterkonferenz eingegangen, die sich mit der künftigen Durchführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages beschäftigt. In ihrem ersten Teil bestätigt die Note, daß die Luftfahrkontrollkommission mit dem 5. Mai ihre Tätigkeit einstellen wird. Sie teilt ferner mit, daß die alliierten Mächte nunmehr die Begriffsbestimmungen zur Unterscheidung der zivilen und der verbotenen militärischen Luftfahrt, zu deren Anerkennung Deutschland sich

Durch An...
festgelegt...
lage zu...
benachricht...
die Ueber...
mungen, d...
des Ultim...
komitee m...
Fortfall o...
Ablaufes...
nennen...
tionen un...
halten...
ihrem zw...
Gesta...
Marine...
bringen...
kommissi...
von gerin...
nach dem...
soll. Das...
sowie An...
den Aufg...
ren Anla...
liches Ko...
mitgeteil...
kommissi...
sein wer...
von den...
chung wi...
Fr...
Tajo, v...
verließ, r...
gendes Te...
Abreise...
Mission...
Egellenz...
benutze d...
fahrt Sp...
schätzlic...
stärkter...
Königin...
Die...
Stetw...
liegen s...
Blätter...
bung des...
Groß-S...
Justizober...
dem Aug...
aus dem...
kontroll...
schen Aus...
wofür...
gefallen...
worden...
wegen...
Franz...
Paris...
Zwischen...
an Poinc...
Waffen, d...
werden, d...
die für...
Die Gre...
Berlin...
Lokalanz...
mission...
traut, i...
je einem...
japanisch...
25)
No...
„Wie...
„St...
meine...
stern ab...
ich Be...
„Ja...
„Die...
den Ter...
„Aber...
Du m...
Weib...
„Ganz...
so auß...
muß...
„Ein...
ging...
Schwe...
„Der...
Professor...
anfragen...
Das...
einen...
des...
spricht...
jenem...
„Schr...
„Sie...
drücklich...
Deinen...
alte...
ernsten...
„Als...
w

...terkonferenz...
...ge II offiziell...
...ber dem Ber...
...sande ferner...
...r franz...
...der Einpruch...
...ung gericht...
...bei dem Zwi...
...it den Sow...
...e Regierung...
...nsicht, daß die...
...ur fortgesetzt...
...n, den Bedin...
...er die Bevoll...
...t den Allie...
...s darauf ver...
...aufzunehmen...
...alten sind.

...b Preß" aus...
...Regierungs...
...liche Vertrag...
...f Grund der...
...Staaten der...
...Widerspruch...
...rag stehe oder

...nterkommission...
...r Robert Horne...
...en des Sachver...
...dem Bericht, die...
...sich gelöst wer...
...müsse aber in...
...Desorganisation...
...ast mit sich brin...
...jedes Land, das...
...hen Niveau er...
...inen langen und...
...tschaft beträch...
...einen wichtigen...
...zur Sicherung...
...reichen relativ...
...anne nicht hoffen...
...Europas wieder...
...internationalen...
...at könne sich nur...
...die Gläubiger...
...ne Zahlungsfähig...
...halte, so müßten...
...haben, einerseits...
...andererseits den...
...zubrüden. Der...
...begleitet. Die...
...jedes Jahr den...
...redite zu balan...
...ausgehe, was aus...
...erde, so könn...
...die Das wahre Heil...
...aben. Zu dieser...
...igung einer Zu...
...Wiederherstellung...
...eberspannung der...
...Es sei ein in...
...Kapitalflucht zu...
...erlassen. Dieser...
...en-Ausschuß zur

...chleute.

...er „Woff. Jtg.“...
...zialkommission...
...Havenstem ge...
...tion angenom...
...le Banken, die...
...außerhalb Ge...
...neuener Konfe...
...sührungen, die...
...e, die Anleihe...
...von ihren Re...
...uldenzahlungen

...zbischofs...
...tskanzler.

...WB.) Der...
...ittag dem deut...
...egenbesuch ab...
...ese Gelegenheit...
...en Wünsche für...
...meinen, wie für...
...enz von Genua

...ge.

...Durchführung...
...schlands.

...ritten Osterfeier...
...der Botschafter...
...ünftigen Durch...
...des Friedens...
...eil bestätigt die...
...mit dem 5. Mai...
...ferner mit, daß...
...sbestimmungen...
...verbundenen milit...
...Deutschland sich

Durch Annahme des Londoner Ultimatums verpflichtet hat, festgesetzt haben. Die Definitionen werden in einer Anlage zu der Note mitgeteilt. Die Botschafterkonferenz benachrichtigt die deutsche Regierung endlich davon, daß die Ueberwachung der Einhaltung jener Begriffsbestimmungen, der sich Deutschland ebenfalls durch die Annahme des Ultimatums gefügt hat, durch ein alliirtes Garantiekomitee mit dem Sitz in Berlin ausgeübt werden soll. Der Fortfall auch dieses Komitees ist für den Zeitpunkt des Ablaufes der ersten Okkupationsperiode in Aussicht genommen. Die Einzelheiten seiner Zusammensetzung, Funktionen und Befugnisse sind ebenfalls in der Anlage enthalten. Die Kosten tragen die alliirten Mächte. — In ihrem zweiten Teile wirft die Note die Frage der künftigen Gestaltung der Kontrolle des Landheeres und der Marine auf. Sie schlägt vor, daß nach Erledigung der dringendsten schwebenden Aufgaben der Militärkontrollkommission, an deren Stelle ein Militärgarantie-Komitee von geringem Umfang und mit beschränkten Befugnissen nach dem Muster des Luftfahrergarantiekomitees treten soll. Das Nähere über die Organisation dieses Komitees, sowie Angaben über die noch zu erledigenden schwebenden Aufgaben der Kontrollkommission sind in zwei weiteren Anlagen niedergelegt. — Bei der Marine ist ein ähnliches Komitee nicht in Aussicht genommen. Es wird mitgeteilt, daß die Tätigkeit der jetzigen Marinekontrollkommission voraussichtlich in nicht ferner Zeit abgeschlossen sein werde. — Die Note und ihre Anlagen werden zur Zeit von den zuständigen Stellen geprüft. Ihre Veröffentlichung wird sobald als möglich erfolgen.

Französische Artigkeiten für Spanien.

Taza, 15. April. (Havas.) Bevor Millerand bezuglich, richtete er an den König von Spanien folgendes Telegramm: Es ist mir ein Bedürfnis, vor meiner Abreise Eure Majestät für die außerordentlich höfliche Mission zu danken, mit der Sie Ihren Oberkommissar Excellenz General Berenguer beauftragt haben, und ich benutze die Gelegenheit, mit dem Wunsche für die Wohlfahrt Spaniens Ihnen meine aufrichtigsten und freundschaftlichsten Gefühle zu versichern. Ich bitte Eure Majestät untertänigst, meine Ehrerbietung Ihrer Majestät der Königin zu Füßen legen zu wollen.

Die unerhörten Zustände in Oberschlesien.

Stetwitz, 19. April. Auf Grund des Belagerungszustandes unterliegen sämtliche Kleinverleumdungen der Zensur. Die heutigen Blätter weisen große Zensururteile auf und melden von der Ermordung des Polenführers Dr. Styczynski nur die Tatsache.

Groß-Strehly, 19. April. Heute nacht wurde die Gattin des Justizoberinspektors Bennel von einer französischen Patrouille in dem Augenblick erschossen, als sie das Fenster öffnete, um nach ihrem aus dem Dienst heimkehrenden Gatten auszufahren. Der Kreis-Justizrat erklärte dem Vorsitzenden des Deutschen Ausschusses in Groß-Strehly, der wegen des Vorfalls bei ihm vorstellig wurde, daß kurz vor der Öffnung des Fensters Schüsse gefallen seien. In der Annahme, daß aus diesem Fenster geschossen worden sei, habe der französische Soldat hineingeschossen. Er werde wegen fahrlässiger Tötung zur Verantwortung gezogen werden.

Französischer Vorschlag für die Schnüffeleien nach Waffen.

Paris, 20. April. (Havas.) Um eine Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle wie in Stetwitz zu vermeiden, regt in einem Schreiben an Poincaré ein republikanischer Abgeordneter an, für die Suche nach Waffen, die von der Kontrollkommission in Deutschland vorgefunden werden, deutsches Personal zu verwenden, oder Geiseln zu nehmen, die für jeden Zwischenfall oder Unfall verantwortlich gemacht würden.

Die Grenzfestsetzungskommission für Oberschlesien.

Berlin, 20. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ aus Breslau hat die interalliierte Kommission, die mit der Grenzfestsetzung in Oberschlesien beauftragt ist, ihren Sitz nach Breslau verlegt. Sie besteht aus je einem deutschen, englischen, italienischen, französischen, japanischen und polnischen Delegation.

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes van Dewall.

„Wie — was? ... Den Teufel auch!“

„Still, still, alter Freund und verhalte Dich ruhig — meine Zeit ist gemessen. Also höre: Du weißt, daß ich gestern Abend Dich und die Eva hinausgeschiden mußte, weil ich Besuch bekam von einer Dame.“

„Ja, — ich weiß es.“

„Diese Dame war verschleiert — sie bat mich, sie auf den Terrassenball zu führen. — Max, Deine Hand ...“

„Aber was willst Du nur von mir! ... Nun hörst Du mittendrin wieder auf ... Ich bin doch kein altes Weib am Ende!“

„Ganz gewiß nicht, aber diese Sache ist nun einmal so außergewöhnlich diskreter Natur, daß ich Dich bitten muß ...“

Ein Klopfen unterbrach ihn hier. Auf sein „Herein“ ging die Türe auf und der Kellner erschien auf der Schwelle.

„Der Kammerherr von Wahlendorf wünscht den Herrn Professor auf einen Augenblick nur zu sprechen und läßt anfragen, ob er nicht störe.“

Das Gesicht des Rittmeisters nahm mit einem Male einen so sauren Ausdruck an, daß sein Freund sich kaum des Lachens enthalten konnte. „Wenn man vom Woff spricht,“ sprach er mit einem Achselzucken und klopfte jenem beschwichtigend auf die Schulter.

„Sehr angenehm,“ wandte er sich an den Kellner.

„Siehst Du, Benno,“ hub der Rittmeister höchst verdrießlich an, sowie jener hinaus war, „das kommt von Deinen verdammten Circonlegen! ... Als ob ich eine alte Plaudertafel wäre ... Meine Verschwiegenheit in ernstlichen Dingen ist stadtbekannt ...“

„Aber weiß Gott!“ lachte der Professor.

Bermischtes.

Furchtbare Explosion eines Munitionslagers in Serbien.

Berlin, 20. April. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Belgrad meldet, brach in Monastir im dortigen Militärmagazin, in dem über 80 Waggon verschiedener Munition lagerten, Feuer aus. Eine furchtbare Explosion erfolgte. Alle in der Nähe des Magazins gelegenen Häuser stürzten vollständig ein. Sämtliche Fensterscheiben in der Stadt zersprangen. Der Schaden ist überaus groß. Auch Menschenleben sind zu beklagen.

Deutschland.

Kaiser und Oberste Heeresleitung am 9. November.

Berlin, 19. April. Den Entschluß des vormaligen Kaisers am 9. November 1918, das Große Hauptquartier zu verlassen, behandelt wie das „Achtuhr-Morgenblatt“ mitteilt, General von Eisenhardt-Rothe in einer Broschüre, die in diesen Tagen erscheinen wird. Danach erklärte der Kaiser um 4 Uhr nachmittags, er habe an den Kronprinzen geschrieben, er bleibe beim Heer. Als dann um 7 Uhr abends Generaloberst von Pflessen in Gegenwart des Admirals von Hingde dem Kaiser über etwaige Reisevorbereitungen kurzen Vortrag gehalten hatte, sagte der Kaiser zu seinen beiden Adjutanten: „Und wenn mir nur einige von meinen Herren treu bleiben, mit denen kämpfe ich bis zum äußersten und wenn wir alle toteschlagen werden. Vor dem Tode habe ich keine Angst. Auch lasse ich nicht Frau und Kinder im Stich. Das kann ich nicht. Ich bleibe hier.“ — Endgültig erschüttert wurde der Kaiser in dieser Ansicht, als um 10 Uhr abends Legationsrat Freiherr von Grünau meldete, Hingde und Hindenburg ließen dem Kaiser beschwören, baldigt abzureisen. Der Kaiser sah darin die Antwort Hindenburgs auf eine Mitteilung, die er dem Feldmarschall eine Stunde vorher hatte zugehen lassen. Sie hatte dahin gelaute, der Kaiser habe seinen Plan, nach Holland zu gehen, nicht mehr aufgenommen. — Das Eisenhardt'sche Buch sagt hierzu: Hindenburg bestreitet entschieden, den Auftrag zu der Mitteilung Grünaus gegeben zu haben, während von Grünau versichert, Hingde's Meldung, wonach der Kaiser in seinem und Hindenburgs Auftrag bezogen werde, an dem Reiseplan festzuhalten, dem Kaiser auch übermittelt zu haben.

Rapp augenleidend.

Berlin, 20. April. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Leipzig hat die in der Leipziger Universitätsklinik vorgenommene Untersuchung Rapps ergeben, daß er an einer schweren Augenkrankheit leidet, die eine Operation notwendig macht. Rapp wird unter Aufrechterhaltung der Untersuchungsanstalt einem Krankenhaus überwiesen.

Der Bergarbeiterführer Hué

Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Otto Hué ist gestern Abend im Essener Stadt-Krankenhaus an Lungenerkrankung gestorben. — Otto Hué war zuletzt Gewerkschaftsbeamter in Essen. Geboren am 2. Nov. 1868 in Hörde in Westfalen, erlernte er nach Besuch der Volksschule das Schlosserhandwerk und arbeitete von 1886—1894 an mehreren großen rheinisch-westfälischen Hüttenwerken, bereiste als Handwerksbursche Deutschland, war von 1895—1905 Redakteur der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Bochum. Dem Reichstag gehörte Hué 1903—1912 an, 1913 bis 1918 war er Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses. In die Nationalversammlung wurde er ebenfalls gewählt. Schon vor der Revolution amtlich aufgefördert, in das preussische Handelsministerium einzutreten, war er dort seit November 1918 als sozialdemokratischer Abgeordneter tätig, trat am 1. Dezember 1919 zurück, als durch Reichsverfassung die bergbäuliche Gesetzgebung Reichssache wurde und die Bearbeitung dieser Fragen auf das Reichsarbeitsministerium übergingen. Er lehrte in seine letzte Stellung im Bergarbeiterverband zurück und nahm außerdem eine wichtige Stellung im Vorstand des Reichskohlenrats ein. Als einer der besten Kenner aller bergbäulichen Fragen wurde Hué auch als deutscher Sachverständiger für Genua berufen, konnte aber wegen seiner Erkrankung die Ausreise dorthin schon nicht mehr antreten.

Berlin, 19. April. Der Reichspräsident hat an die Gattin des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Hue folgendes Telegramm gerichtet: Zu dem schweren Schicksalsschlag, der Sie durch das Ableben Ihres Mannes betroffen hat, spreche ich Ihnen und Ihren Kindern meine herzlichste Teilnahme aus. Die deutschen Arbeiter, namentlich die Bergarbeiter, verkleben in dem Dahingegangenen einen ihrer besten und unermüdetsten Führer, der als Sozialpolitiker und Volkswirtschaftler am politischen Leben hervorragenden Anteil nahm und sich große, unvergängliche Verdienste erworben hat. Ich selbst betrachte in ihm einen persönlichen teuren Freund, der mit durch langjährige gemeinsame Arbeit verbunden war.

Ablehnung des Heidelberger Angebots durch die bayrischen Metallarbeiter.

München, 19. April. Die Münchner Metallarbeiter lehnten ebenso wie die Augsburgener das Heidelberger Angebot der bayerischen Metallindustriellen ab. Der Streik bzw. die Aussperrung dauern demnach fort.

Berlin, 20. April. Die südbayerische Metallarbeiterschaft hat nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Augsburg in einer Urabstimmung die 48-Stundenwoche mit erhöhtem Lohnzuschlag abgelehnt. Der Streik in der bayerischen Metallindustrie geht daher weiter.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. April 1922.

Dienstnachrichten.

Uebertragen wurde eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Zwerenberg dem Hauptlehrer Müller an der Mittelschule in Urach.

Ausstellung in der Frauenarbeitschule.

Nach längerer Pause findet am 23. und 24. April ds. Js. im Georgenäum wieder eine Ausstellung von Arbeiten der Schülerinnen der Frauenarbeitschule statt. Der aufmerksame Besucher wird Gelegenheit haben zu beobachten, daß auch in dem Unterrichtsgang dieser Schule ein zeitgemäßer Fortschritt zu verzeichnen ist. Mehr als aus den ausgestellten Arbeiten ließe sich freilich durch Anwohnen beim Unterricht feststellen, daß die einzelnen Fächer in neuerer Zeit mehr in Beziehung und Zusammenhang zueinander getreten sind. Es hat sich an den Frauenarbeitschulen des Landes nach und nach ein bestimmtes Lehrziel herausgebildet, um dessen Erreichung sowohl die Ministerialabteilung für die Fachschulen als auch die Lehrkörper der einzelnen Schulen ernstlich bemüht sind. Wenn so der Lehrgang der Frauenarbeitschule immer mehr ein organisches Ganzes geworden ist, so leuchtet ein, daß vom Schulbesuch nur diejenige Schülerin vollen Nutzen ziehen werden, welche die Schule fortgehend durchlaufen und so das vorgesehene Lehrziel erreichen. Es kommt heute weniger darauf an, daß eine Schülerin während ihres Schulbesuchs möglichst viele Arbeiten liefert, als darauf, daß sie in den Stand gesetzt wird, jede einzelne Arbeit einständig anzufertigen. So erst wird die Frauenarbeitschule von der gewiß auch nützlichen Nähstube zur Schule, die fürs Leben lehrt und dabei bestrebt ist, den Lehrer nach und nach entbehrlich zu machen. In systematischem Aufbau schreitet der Lehrgang vom Einfacheren zum Schwereren fort. Mit Handnähen wird begonnen; dem schließt sich Maschinennähen und zuletzt Kleidernähen und Sticken an. Im Musterzeichnen wird neuerdings nicht mehr nach festgelegten Mäßen, sondern durchweg nach Körpermaß gezeichnet. Der Unterricht im geometrischen und im Freihandzeichnen paßt sich fast ganz dem Handarbeitsunterricht an. Neben der Kenntnis der verschiedenen Techniken lernen die Schülerinnen insbesondere auch richtige Farbenzusammensetzungen kennen und die Art und Weise des Aufzeichnens auf die verschiedenen Stoffe. Besonders Vergnügen bereitet es dann den Schülerinnen, wenn sie mit ihren selbstgefertigten Zeichnungen ihre eigenen Wäsche und ihre Kleider schmücken dürfen. Unterricht in Stoffkunde soll ihnen einen Blick für Güte und Verwendbarkeit, sowie Kenntnis von der Bezeichnung der verschiedenen Stoffe geben. — Je mehr Eltern und Schülerinnen erkennen, daß nur ein regelmäßiger und fortlaufender Besuch sämtlicher Kurse einen vollen Erfolg ihrer Ausbildung gewährleistet, umso förderlicher wird dies auch der Schule und ihren Bestrebungen sein.

„Weinst Du etwa nicht?“ — fuhr der andere gereizt in die Höhe.

Gerade in diesem Augenblick erschien der Kammerherr auf der Schwelle und zwang ihn, sein Gesicht in höfliche Falten zu legen.

Die schlante, hohe Gestalt dort im Rahmen der Türe verneigte sich lächelnd, — man sah die dunklen Augen blitzen, die so viel Anheil anrichteten, ebenso die weißen, schön gereihten Zähne unter dem gepflichten, dunklen Schnurrbart.

„Ah, siehe da ... die beiden Unzertrennlichen! — Charmant, daß ich Sie finde! ... Guten Abend, meine Herren.“ — So sprechend, trat der Angebetete der Prinzessin näher in den Lichtkreis und schüttelte den Freunden die Hände.

Er setzte dann ohne Zeremonie den Hut beiseite und legte den Paletot ab. In dunklen Beinkleidern, weißer Weste und blauem Frack mit Ordensband und den Kammerherrnkнопfen stand er vor ihnen. Er mußte hernach noch zu seiner Prinzessin, deshalb war er in halber Gala. In der Tat, der Kammerherr war ein schöner Cavalier, eine männliche und bestechende Erscheinung; man konnte es den Frauen nicht verargen, wenn sie sich in ihn verliebten und ihn verzogen.

Seine hohe Gestalt, breit entwickelt in den Schultern und über der Brust, die schmalen Hüften, über welche der Frack glatt anschoß, das elegante Bein, mit dem feinen, in glanzledernen Stiefeln steckenden Fuß, dazu der stolz getragene Kopf und das herzliche, wohlthuende Lächeln, — des Künstlers Augen hingen mit Wohlgefallen an dem stattlichen Manne, und auch die Falte zwischen den buschigen Brauen des Rittmeisters glättete sich schnell, trotzdem das Erscheinen jenes Högling ihm die wichtigste Stelle der Geschichte gerade vor dem Wunde fortschnappte.

„Haben Sie noch einen Schluck Kaffee und eine Zigarre für mich? ... Glückliche Menschen ihr!“ sprach jener, sich

den Bart mit einem Elfenbeinbürstchen glättend, und ließ sich ohne weiteres in die Sophaede fallen.

Eisenhardt guckte sofort in die Ranne.

„Aber er wird kalt sein!“ erwiderte er und wollte nach der Klingelschnur greifen. Wahlendorf verhinderte ihn daran.

„Macht nichts ... nur her damit. Wie schauts aus, Rittmeister, wie ist Ihnen das gestrige Fest bekommen?“

„Hm“, brummte jener mit einem etwas sauerfüßen, aber doch gutmütigen Lächeln, „kann nicht eben allzu viel Ruhmens davon machen ... war nur der Elephant, Wahlendorf, holte für andere die Kastanien aus der Asche ... Nun, vielleicht ernte ich auch noch einmal für alle meine Bereitwilligkeit was ganz Besonderes.“

Hier traf ein schneller Blick über die Ranne hinweg, aus welcher er behutsam einsahnte, den lächelnden Professor.

„Dann wird es Zeit bei Dir, lieber Max,“ gab der Professor zurück, „denn im Schwabenalter bist Du bereits.“

„Dummes Zeug, — ich bin immer noch eine ganz ansehnliche Erscheinung, ich kenne Jüngere als ich bin,“ gab der Rittmeister zurück und schob dem Kammerherrn seine Tasse Kaffee hinüber.

„Nach den Zähnen vielleicht, aber nicht nach den Haaren, Max,“ erwiderte der Maler lächelnd, der mittlerweile dem andern zu einer Zigarre verholten hatte.

„Ha, danke, danke! — Wirklich, hier lebt man auf! ... Wie glücklich doch ein freier Mann ist! ... Den ganzen Tag erst Training, heute bin ich beim Diner und hernach noch Stehtee bei meiner Prinzessin ... Und dabei fallen mir die Augen beinahe zu vor lauter Müdigkeit, es war vier Uhr durch, als ich in das Bett kam.“

So sprechend, zündete sich der Kammerherr seine Zigarre an, goß eine kleine Menge Kirchwasser in den Kaffee und tat einen tiefen Zug.

(Fortsetzung folgt.)

Hausbesitzertagung.

Am 22. und 23. April halten die württ. Haus- und Grundbesitzervereine im Rathaus in Neutlingen ihre ordentliche Landesversammlung. Es kommt dabei zur Behandlung des Reichsmietengesetz, das Wohnungsabgabengesetz, die Befestigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, Steuerfragen u. a.

Nutmäßliches Wetter am Freitag und Samstag.

Allmählich kommt wieder Hochdruck auf. Am Freitag und Samstag ist aufheiterndes und trockenes Wetter aber auch die Gefahr von Nachfrösten zu erwarten.

Zum Metallarbeiterstreik.

(EGB.) Stuttgart, 19. April. In einer Funktionärskonferenz aller am Kampf in der Metallindustrie beteiligten Verwaltungsstellen und Organisationen wurde die Lösung ausgegeben, den Unternehmervorschlag bei der Abstimmung am Donnerstag unter allen Umständen abzulehnen. Jeder organisierte Streikende habe sich an der Abstimmung zu beteiligen, andernfalls verliere er für diesen Tag die Streikunterstützung.

(EGB.) Neuenbürg, 19. April. Auf dem Wege zwischen Engelsbrand und Birkenfeld sank Gemeinderat Kammon, der als Mitglied einer Deputation von Detisheim das neuerstellte Schulhaus in Gräfenhausen besichtigt hatte, vom Schläge getroffen, plötzlich um und verschied.

(EGB.) Sindelfingen, 19. April. Das ursprüngliche Bauprogramm für 1922 sah 150 neue Wohnungen vor, die der Bau- und Sparverein erstellen wollte. Infolge der Steigerung der Baukosten können jedoch nur 100 Wohnun-

gen erbaut werden. Der Neubau des Säuglings- und Frauenheims, der durch eine Amerikanerstiftung von Mark 800 000 ermöglicht wurde, schreitet rasch voran. Zur Inneneinrichtung werden 600 000 M bei der Landesparkasse aufgenommen.

(EGB.) Trossingen, 19. April. Die philosophische Fakultät der Universität Tübingen hat Fabrikdirektor Wilh. Hohner zum Ehren doktor ernannt. In der Ehrenurkunde heißt es, daß der Gelehrte sich als weitsehender Förderer von Unterricht und Wissenschaft und umsichtiger Freund der Hochschule bewährt habe.

(EGB.) Nürtingen, 19. April. In der Nacht auf Karfreitag sind Diebe in die außerhalb des Orts Friedenhausen an der Tischhardter Straße gelegenen Mühle eingedrungen und haben dem bejahrten, fast erblindeten Besitzer das Geld und den Schmuck im Betrage von Tausenden unter Drohungen abgepreßt.

(EGB.) Ulm, 19. April. Der verheiratete Händler Gustav Haug von hier hat sich erschossen. Er hinterläßt eine Witwe mit einem Kind. Eine Verhandlung, die ihm bevorstand, soll die Ursache der Tat sein. Es ist dies innerhalb weniger Tage der 3. Selbstmord hier.

(EGB.) Vöhringen, 19. April. In einem Kässeler außerhalb der Stadt wurde eingebrochen und über die Feiertage 30-35 Zentner Weichkäse gestohlen. Ein Pferd des Güterbeförderers Belz wurde von der Stadtstromleitung auf dem Kirchplatz getötet. Der Draht ist infolge Schneefalles nachts gebrochen.

(EGB.) Vom Bodensee, 19. April. Die beiden 15- und 14-jährigen Oberrealschüler Emil Bommer und Ernst Linsmaier aus Konstanz machten am Karfreitag einen Ausflug nach der Marienschlucht bei Bodmann und stürzten am sogenannten Halbmondsfelsen ab. Professor Maerker und später Dozent Hartenstein vom Technikum, die, beide getrennt, sich auf einer Radtour befanden,

hörten ein Stöhnen und fanden die beiden Verunglückten. Bommer lag bewusstlos auf der Straße und Linsmaier auf der Böschung. Nach dem Eintreffen im Krankenhaus war Bommer tot, der außer inneren Verletzungen einen schweren Schädelbruch erlitten hatte. Linsmaier hatte beide Unterarme am Gelenk gebrochen und am Kopf Verletzungen erlitten. Er klagte auch über innere Schmerzen. Aber trotz der Schwere seiner Verletzungen wird er nach menschlichem Ermessen mit dem Leben davonkommen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar steht auf 291.50 M, der Schweizer Franken auf 57.20 M.

Märkte.

(EGB.) Weilberstadt, 19. April. Dem ersten Viehmarkt nach den Feiertagen waren 178 Stück Vieh zugeführt. Ochsen kosteten bis 52 000 M, Jungstiere 10 000-12 000 M, Kühe bis 32 000 M, Kalbinnen bis 25 000 M, Einsteilvieh 9-11 000 M, je das Stück. Der Handel war lebhaft. Der Schweinemarkt war mit 792 Milch- und 22 Läufer Schweinen besetzt. Käufer kosteten 3500-6100 M das Paar, Milchschweine 1700-3300 M.

(EGB.) Horb, 19. April. Holzerglöse. Bei der Versteigerung des Langholzes aus dem Staatswald wurde ein Erlös von 940 Proz. über die Fortsätze erzielt. Geboten waren ursprünglich 800 Proz.

Die örtlichen Kleinhandelspreise orientieren sich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden da für jene noch die log. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Galm. Druck und Verlag der W. Zellwaller'schen Buchdruckerei Galm.

Umtsgericht Calw.

Im Güterrechtsregister wurde heute eingetragen, daß Christian Stiegel, Sägewerksbesitzer in Deufringen, wohnhaft in Gehingen und seine Ehefrau Marie geb. Eisele daselbst durch Vertrag vom 28. März 1922 die Ertrungenschaftsgemeinschaft aufgehoben haben.

Den 18. April 1922.

Obersekretär Dür.

Schreiner-Innung.

Am kommenden Sonntag, den 23. ds. Mts., mittags 1 Uhr, findet im Gasthaus zum Ochsen hier, unsere jährliche Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschafts- und Kassenbericht.
2. Tätigkeitsbericht über das verfloßene Jahr
3. Regelung der Preisliste
4. Wahl des Vorstands
5. Verschiedenes.

Bölgähliges Erscheinen erwartet

der Vorstand.

Calw, den 19. April 1922.

Todes-Anzeige.



Unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Frau Charlotte Fechter
geb. Schuldt,

Oberamtspflegers-Witwe,

durfte heute Nacht nach kurzer, schwerer Krankheit im 84. Lebensjahr heimgehen.

In tiefer Trauer:

Oberamtspfleger Fechter
und Frau Marie, geb. Schmitz,
Bertha Fechter, Liza Fechter.

Beerddigung Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr
von der Mehrgasse aus.

Für Blumen Spenden und Beileidsbesuche
wird ebenso herzlich, als dringend gedankt.

Jüngere Leute
f. einfache mechanische Arbeiten
gesucht.

Spezialwerkzeugfabrik Calw G. m. b. H.

Zugelaufen
Schnauzer-Hüde.

Abzuholen gegen Entschädigung bei
Joh. Stahl, Bauer,
Dietelshelm.

Einige Fuhrer

Heu

sucht zu kaufen.
Otto Jung.



Janz locker
u. weich ist das Haar
nach einer Wasche mit
„Madaform“

Hersteller: Heilbronner & Co., Heilbronn/W.

Schreibgewandte Person

auf 2-3 Monate als
Aushilfe gesucht.
Staatsrentamt Hirsau.

Mädchen-Gesuch.

Wegen Heimberufung des
jetzigen Mädchens suche
auf 1. Mai fleißiges, ehrliches

Mädchen

bei hohem Lohn und guter
Verpflegung.

Zu erfragen bei
Gemeinderat Weiß
in Gehingen.

Ein im Weisnähen be-
wandertes

Mädchen

sie einige Monate zur
Aushilfe gesucht.

Wo, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Bursche

als Hausbursche
auf 1. Mai
gesucht.

Wo, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Tüchtiger

Bierführer

kann sofort eintreten
bei hohem Lohn bei
Gottlob Weiß, Calw,
Bierdepot.

Gebrauchtes
Firmenschild
zu kaufen gesucht.

Angebote mit Größenmaß
an die Geschäftsstelle dieses
Blattes erbeten.

Blaubeurer Bleiche

nehmen wir
Bleichwaren
an.

Geschw. Deutsche,
Leberstraße.

Schuhputz

Pilo



glänzt im Nu
und erhält die Schuh

Fabrknacht

per sofort gesucht,
ferner einige

Tagelöhner

Teinach. Mineralquellen

Einem jüngeren

Pferdeknecht

sucht bei hohem Lohn und
guter Verpflegung.

Joseph Sost,
Tiefenbrunn Pforzheim.

Eine Partie
Sauerwasserkrüge,
zu Gartenbeeinfassungen ge-
eignet, kann billig abgegeben
werden. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Frische
Rabeljau
empfehlen
Pfannkuch & Co.

Junger Herr
(Angestellter) sucht auf 1.
Mai gut möbl. freundliches
Zimmer
mit Morgenkaffee.
Angebote unter
Waldensamkeit 66
an die Geschäftsst. ds. Bl.

Wertaufsteine
Zimmerwohnung?
Näheres in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

3 Mtr. buchene
Scheiter
hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Ein gebrauchter
Leiterwagen
(Einpänner oder schwerer
Ruhwagen) sehr wegen Ent-
behrlichkeit dem Verkauf aus
Christ. Dehlschlager,
Unterreichenbach
b. d. Kirche.

2 gute
Rug- und Schaff-
Rühe



darunter eine
samt Kalb
verkauft.

Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Althengstett.
Sege ein 16 Wochen trächt.
schönes



Zucht-Rind
dem sofortigen Verkauf aus
Haupt z. Hirsch.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 22. April 1922 stattfindenden
Hochzeitsfeier
im Gasthaus zum „Hirsch“ in Maisenbach freundlichst einzuladen.
Johannes Kirchherr
Sohn des Joh. Kirchherr, Schuhmachermstr. in Jahnau.
Maria Förcher
Tochter des Joh. Mich. Förcher, Landwirt in Maisenbach.
Kirchgang um 11 Uhr in Liebenzell.

Geschäftsempfehlung.
Einer titl. Einwohnerschaft von Liebenzell und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich das
Malergeschäft
von Herrn Carl Cramer käuflich erworben habe.
Durch langjährige Tätigkeit in nur erstklassigen
Geschäften des In- und Auslandes bin ich in der
Lage, sämtliche in mein Fach einschlagenden Arbeiten
auf das sauberste auszuführen bei billigster Berechnung.
Geschäftigen Aufträgen gerne entgegengehend
zeichnet hochachtungsvoll
Bernh. Groth,
Dekorations- und Flach-Malerei
Bad Liebenzell.
Wohnung Raarlstr. 103 (bei Frau Gugel).

Sonnenhardt.
Ein
Läufer Schwein
setzt dem Verkauf aus.
A. Harsch.

Holzbronn.
Sege eine prämierte
Milch-Ziege
samt
Sungem
dem Verkauf aus.
Friedrich Luz.

Briefumschläge
Verbandtaschen
liefert die
Tagblatt-Druckerei

Nr. 92
Während die
der deut
weit er geg
gegen die
ausnahmlos
schamloster
Journalisten
sich sehr op
George mei
mit Ruhlan
den. Werku
mehr allein
sondern daß
Die deutsche
soll sie sich
das Ansinne
ablehnen, f
die deutsche
russischen
find. Im ü
tente voraus
sein wird.
lich in diese
Im Reichspo
angekündigte
und Teie

Am
Der vorau
Berlin, 21.
deutsche Antw
In der Note
Heimlichkeit u
schen Vertrags
nahme an den
die Regelung
deutsch-russisch
erörtert werde
mens hinausge
einer Revision
trags könne fe

Berlin, 2
wird, ist die
leiten in de
ist vollkomm
renkung der
des deutscher
in sind wir
Berlin, 2
deutsche Del
stellung des
Nachmittag
ten und an
Der amerikan
Botschafter G
und der deut
Gegen
Berlin, 2
die Behaupt
12 000 Mann
lassen und in
zum Widerst
den. Jrgend
oder von P
unverständlich
tung von ein
Die ausländ
deutschen Del
Delegation i
Berlin, 2
gestern eine
Konvention.